

# denkmal spiegel

## 10 Jahre Stiftung Denkmalschutz Berlin

10 Jahre Bürgerengagement  
für Berlins Denkmale



Dezember 2009 / 7. Jahrgang

STIFTUNG  
DENKMALSCHUTZ  
BERLIN

So orange  
ist nur Berlin.

Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR)  
Ringbahnstraße 96, 12103 Berlin  
Tel. 030 7592-4900, Fax 030 7592-2262, www.BSR.de



## Editorial

Liebe Freunde der Denkmalpflege,  
liebe Freunde und Partner der Stiftung Denkmalschutz Berlin,

die Stiftung Denkmalschutz Berlin feiert ihren 10. Gründungstag. Mit Freude und zu Recht. 10 Jahre Bürgerengagement für Berlins Denkmale. Wir dürfen stolz sein auf das Geleistete, auch auf das Vertrauen und die Ehre, die uns zuteil wurden. Wer darf schon ein Brandenburger Tor restaurieren? Wie oft im Leben wird man schon gefragt, ob man das Strandbad Wannsee retten helfen mag? Oder einen charmanten und würdigen Ort für die Präsentation der Privatbibliothek eines Bundespräsidenten schaffen?

Wir haben viel Lob, Zuspruch, kleine und große Unterstützung erfahren. Ohne unsere Freunde und Partner hätten wir wenig bewirken können. Ihnen gilt unser Dank. An erster Stelle den Stiftern, dem Ehepaar Maria und Reinhard Müller, sie seien hier auch stellvertretend genannt für die großzügigen Zustifter der Folgezeit. Dann natürlich die 12 Apostel, der Kreis der Vorbereiter, Gründer, Ideenstifter und Berater. Viele von Ihnen wirken noch heute im Kuratorium der Stiftung mit. Zahlreiche Persönlichkeiten, Firmen, Büros haben geholfen, immer wieder und jahrelang. Unser Denkmalschutz ist auch Ihr Verdienst!

Ich danke an dieser Stelle auch unserem langjährigen Geschäftsführer, Prof. Dr. Helmut Engel, für sein unermüdliches, prägendes Wirken.

Es gab auch Kritik. Damit können wir gut leben, solange kritisch gefragt und hinterfragt wird – und nicht ehrabschneiderisch. Ein hohes Maß an Transparenz gehört zu unseren Selbstverpflichtungen. Und Selbstkritik ist das Pendant zu Selbstbewusstsein. Nur wer nichts macht, macht keine Fehler.

Zahlreiche Denkmale in Berlin drohten 1999 und drohen noch heute zu verfallen und vielleicht gar verloren zu gehen. Umso wichtiger erschien damals wie heute, privates Geld für die Rettung landeseigener Denkmale aufzubringen. Die Stiftung bündelt neben großem Engagement vieler professionelles Know-how, bauwirtschaftliche, kaufmännische und denkmalpflegerische Kompetenz sowie Erfahrung in der Projektsteuerung. All dies wird zu großen Teilen ehrenamtlich geleistet. Das Geheimnis des Erfolges der Stiftung liegt in dieser quasi unternehmerischen Kompetenz einer Bürgerinitiative.

Während andere Stiftungen ihre Arbeit mit den Zinsen Ihres Kapitals finanzieren können oder staatliche Zuwendungen verteilen, generierte die Stiftung ihre Mittel für die Sanierungen vor allem aus Werbeeinnahmen und Spenden. So gingen für das Strandbad Wannsee etwa 1.000 Groß- und Kleinspenden ein.

Das Prinzip Denkmalsanierung über Werbeeinnahmen stößt im politischen Raum seit einigen Jahren zu Unrecht mitunter auf pauschale Ablehnung. Diese kurzsichtige Einstellung kostet das Land Berlin jedes Jahr einen Millionenbetrag.

Aber die Stiftung wird auch in Zukunft Denkmale für Berlin erhalten.

Dr. Lothar de Maizière  
Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Denkmalschutz Berlin

Stiftung Denkmalschutz Berlin,

Spendenkonto: Landesbank Berlin,  
BLZ 100 500 00, Konto-Nr. 1111 oder 66 000 120 20

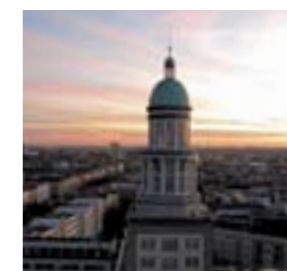
www.stiftung-denkmalschutz-berlin.de

## Inhalt



Hier fing alles an, am Brandenburger Tor. Neun Denkmale wurden seitdem restauriert oder ihre Sanierung befördert, sind im Bau oder in Vorbereitung. Eine Übersicht gibt unter anderem der Journalist Gerwin Zohlen.

Seite 5 bis 16



Bilanz, Ausblick, Kritik und Politik. Der Architekturkritiker Dr. Jürgen Tietz interviewt den Geschäftsführer der Stiftung Denkmalschutz Berlin, Volker Härtig.

Seite 17 bis 20



Keine lebendige Debatte ohne Zwischenrufe. Auch kein Jubiläum. Zwei streitbare Historiker, Publizisten und Stadtbürger melden sich zu Wort, Dr. Dieter Hoffmann-Axthelm und Prof. Helmut Engel.

Seiten 21 und 22



„Die meisten Leute sind der Traditionslosigkeit nicht gewachsen,“ sagte Bücherpreisträger Martin Mosebach. Die Grundlagen des Verhältnisses von Kulturstaat, Bürgergesellschaft und Denkmalschutz klärte gedanken- und zitatenreich der Schirmherr der Stiftung Denkmalschutz Berlin, Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert in seiner Rede im Pergamonmuseum. Ein Dokument.

Seite 23 bis 26

## Privates Engagement in der Denkmalpflege Schützen und Stiften

Dr. Jürgen Tietz

**Sie heißen „Maueranker“ oder „Holznagel“ und manche von ihnen gibt es bereits seit Jahrzehnten. Es sind Zeitschriften und Informationsblätter, in denen spezielle Themen der Denkmalpflege verhandelt werden. Manche widmen sich der Baukultur einer Region, andere einer einzelnen Bauaufgabe wie etwa dem Bauernhaus.**

Doch so unterschiedlich sie auch heißen, so eint sie ihr hohes Engagement für die Aufgaben und Ziele der Denkmalpflege. Sie stehen für jenes private, bürgerschaftliche Engagement, ohne das Denkmalpflege nicht funktionieren kann.

Das hat Wurzeln, die tief in die Geschichte der Denkmalpflege zurückführen. Es beginnt letztlich mit der Erforschung und Aneignung der eigenen Lebensumwelt und Geschichte durch jene Heimatforscher, die man heute vielleicht eher belächelt. Akribisch haben sie sich im ausgehenden 19. Jahrhundert auf Fund- und Quellensuche begeben, haben Archive durchforstet und dazu lange Aufsätze verfasst. Es war eine Zeit, in der sich angetrieben durch die industrielle Revolution die Lebensumstände in großen Teilen Europas immer schneller veränderten, und mit ihnen das Erscheinungsbild der Städte und Landschaften. So verschwanden immer rasanter die Spuren der Vergangenheit. Einige dieser heute längst verlorenen Zeugnisse sind zumindest durch die Arbeiten dieser Heimatforscher dokumentiert.

Um 1900 etablierten sich in Deutschland nahezu zeitgleich gesellschaftliche Strömungen zum Schutz von baulichen Zeugnissen der Vergangenheit aber auch zum Schutz der Natur. Doch es sollte noch mehr als ein halbes Jahrhundert dauern, ehe eine aufgeklärte und selbstbewusste Bürgerschaft lautstark gegen die Flächensanierungen und den Bauwirtschaftsfunktionalismus der späten Nachkriegsmoderne aufbegehrte. Die Denkmalpflege der Gegenwart, die sich auf die Gesetzgebung der Länder berufen kann und die längst über ausgefeilte Methoden der (Bau-)Forschung und Restaurierung verfügt, fußt zu einem guten Teil auf diesem öffentlichen Aufbegehren in den 1960er Jahren. Es richtete sich gegen die Zerstörung

der historischen Altstädte – etwa in Lübeck –, aber auch im Frankfurter Westend. Aus diesem Aufbegehren gegen eine unreflektierte Moderne resultierte das Europäische Denkmalschutzjahr 1975, das von einer großen Denkmalbegeisterung getragen wurde und diese noch weiter verstärkte.

Bis heute gehört das bürgerschaftliche Engagement zu den tragenden Säulen der Denkmalpflege. Es umfasst Protestveranstaltungen beim drohenden Abriss eines Kulturdenkmals ebenso wie all jene Stiftungen, die sich sowohl inhaltlich als auch finanziell für die Zeugnisse der Vergangenheit einsetzen.

Die Gründe für dieses Engagement haben sich seit den Zeiten der Heimatforscher des 19. Jahrhunderts kaum verändert, es ist die Neugier auf die eigenen Wurzeln, das Interesse an der Geschichte eines Ortes, auch an dessen dunklen Seiten. Dabei kann es sich um ein gründerzeitliches Villenviertel handeln oder um eine Wohnsiedlung der Nachkriegsmoderne, um einen Bunker aus dem „Dritten Reich“ oder um eine gründerzeitliche Fabrik, die eine wichtige Rolle für die Entwicklung eines Ortes spielte. So entdeckt beispielsweise die Generation der heute Vierzigjährigen zunehmend die späte Nachkriegsmoderne als wichtiges Thema für die Denkmalpflege, nicht zuletzt weil sie den baulichen und kulturellen Rahmen bildete, der ihre Jugend prägte.

Denkmale sind Zeugnisse der Geschichte, an ihnen wird sie unmittelbar begreifbar. Es sind Dokumente, in denen sich die vielschichtigen Entwicklungswege einer Gesellschaft widerspiegeln. Und so unterschiedlich die einzelnen Denkmalgattungen sind, so unterschiedlich sind im Einzelfall auch die Beweggründe jedes Einzelnen, sich für ein Denkmal, für „sein“ Denkmal zu engagieren. Ganz sicher ist, dass in unserer Kultur- und Denkmallandschaft ohne diese Unterstützung durch Worte und Taten viel erhaltenswerte Garten- und Baudenkmale längst verschwunden wären. Die staatliche Denkmalpflege ist auf Partner angewiesen, um ihren gesetzlichen Auftrag umzusetzen. Partner, die sie in ihrer Arbeit sowohl inhaltlich als auch finanziell unterstützen. Nur so kann es gelingen, das kulturelle Erbe in seiner Vielschichtigkeit für kommende Generationen zu erhalten.



## „Das Pilotprojekt“ – das Brandenburger Tor

**Am 3. Oktober 2002 wurde nach knapp zwei Jahren Restaurierung das Brandenburger Tor im Rahmen der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit enthüllt und Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit zurückgegeben. Damit war eines der großen Wahrzeichen der Stadt saniert und restauriert. 25.000 kleine und 3.500 große Beschädigungen aus der 215-jährigen Baugeschichte – vor allem waren es die Kriegseinwirkungen aus dem Frühjahr 1945 – mussten behoben werden.**

Die Schadenskartierung umfasste weit über 1000 Handzeichnungen. Modernste Vermessungstechnik und eine im Jahr 2000 noch einzigartige Computeranimation waren Grundlage für die Planung der Restaurierungsmaßnahmen. Unter anderem wurden Tausende von Fehlstellen in den Natursteinquadern und im Mörtel, umfang-



Das Brandenburger Tor vor der Sanierung Ende der 90er Jahre

Vorher-Nachher: unsachgemäße Ausbesserungen an den Säulen wurden fachgerecht und sorgfältig behoben.

Seit 2008, nach Beseitigung letzter Mängel im Rahmen der Gewährleistung im Dezember 2008, obliegen Pflege und Instandhaltung des Tores wieder dem Land Berlin.

reiche Schäden an der Verfugung und Rissbildungen im Naturstein aufgrund statischer Belastungen durch Baumaßnahmen in der Umgebung des Tores saniert. Über neun Millionen DM hatte die Stiftung Denkmalschutz Berlin zwischen November 2000 und Oktober 2002 investiert, finanziert neben zahlreichen Spenden vor allem aus den Einnahmen durch die Großflächenwerbung am Baugerüst.

214 Jahre zuvor war der Bau des Brandenburger Tores begonnen worden. Mit dem Entwurf hatte Friedrich Wilhelm II. Carl Gotthard Langhans beauftragt. Die wesentlichen Arbeiten für den Neubau waren im August 1790 abgeschlossen. 1793 entstand das nördliche Torhaus für die Steuereinnahmer. Erst im Juli 1794 waren die beiden Figuren von Mars und Minerva in ihre Nischen versetzt. „Das Brandenburger Tor ward erst 1795 ganz beendet“, teilte der Bildhauer Schadow in seinen Erinnerungen mit.

Eine schriftliche Quelle beschreibt eine „weisse, den Marmor nachahmende Farbe, die gegen das Baumgrün des Tiergartens so idealisch leuchtet“ als ersten Anstrich von 1791. Der marmorweiße Anstrich trotzte allerdings kaum der starken Bewitterung des Tores, das frei auf der Stadtgrenze stand. 1804 wurde der Anstrich von 1791 deshalb im Ton von „café au lait“ natursteinfarbig erneuert. Nach dem Ende der Freiheitskriege folgte ein neuer, dritter Anstrich. Das Brandenburger Tor zeigte sich jetzt in einer zweifarbigen Fassung.

Mehr als dreißig Jahre später begutachtete die Oberbaudeputation 1839 eine weitere Instandsetzung des Brandenburger Tores, die 1840 eingeleitet wurde. Diese farbige Fassung ist in dem Gemälde von Eduard Gärtner „Ansicht vom Pariser Platz hieselbst“ aus dem Jahr 1846 überliefert. Wieder ist das Tor zweifarbig gestrichen. Die nächste Instandsetzung schloss sich 1851

an. Dieser Zustand ist in der ältesten bekannten Photographie des Brandenburger Tores überliefert. Im jetzt schon üblichen Turnus musste das Tor 1867–1868 erneut instandgesetzt werden. Schließlich folgte 1888 eine weitere Farbgebung, denn die Trauerdekoration für den Leichenzug Kaiser Wilhelms I. und der zunehmende Verkehr hatten das Tor beschädigt.

Eine letzte Dekoration erhielt das Tor 1897 aus Anlass des hundertsten Geburtstags Kaiser Wilhelms I. Der Magistrat der Stadt hatte alle erhabenen Teile der Architektur bronzen lassen. Zuletzt befahl Wilhelm II. mit Kabinettsorder, das Relief unterhalb der Quadriga zu vergolden.

Das Protokoll einer Besichtigung mit dem preußischen Staatskonservator am 30. Dezember 1913 stellte bereits fest: „Von den Stellen, welche nicht ausgewechselt werden, ist der nachträglich aufgebraute hässliche Ölanstrich auf größere Strecken abzulaugen. Dann erst lässt sich beurteilen, ob ein lasierender Neuanstrich notwendig ist oder ob, wie es mit Rücksicht auf die Würde des Bauwerks gewünscht werden muss, ein Anstrich entbehrt werden kann.“

Dem Naturstein sollte wieder – wie in der Folgezeit dann auch geschehen – der Vorzug gegeben werden. Die Philosophie der „Materialgerechtigkeit“ hatte die Oberhand gewonnen.

Die Restaurierung durch die Stiftung Denkmalschutz Berlin in den Jahren 2000 bis 2002 beseitigte gravierende Schäden aus der angegriffenen Statik des Bauwerkes.

Eine Ursache war das statische System, mit dem Langhans das Tor mit seinen fünf Durchfahrten gesichert hatte: durch mächtige schmiedeeiserne Zuganker waren einmal die Säulen mit den gemauerten Torwangen und andererseits die Säulen untereinander verbunden – damit aber immer nur zwei Punkte miteinander. Seit dem 19. Jahrhundert waren

die Fundamente der Durchfahrten infolge von zahlreichen Leitungsverlegungen geschädigt. Beim Wiederaufbau des Brandenburger Tores nach den Zerstörungen von 1945 wurden die Decken der Torhäuser und der Fußgängerdurchgangshallen als durchgehende Betondecken ausgeführt und starr mit den Durchfahrten verbunden.

Weiterer Schwerpunkt war die Behebung unsachgemäß durchgeführter Reparaturen der

Nachkriegszeit. Im Endkampf um die Stadtmitte Berlins im Mai 1945 wurde das Brandenburger Tor gezielt beschossen. Eine Säule war auf der Tiergartenseite nahezu vollständig durchschossen und bereits in den Tagen unmittelbar nach der Kapitulation notdürftig repariert worden.

Die Wahrnehmung des Brandenburger Tores als Symbol von Teilung und Wiedervereinigung wurde durch den Zustand bestimmt,

den die Restaurierung der Weimarer Republik und die Wiederherstellung nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg brachten. Die von der Stiftung Denkmalschutz Berlin durchgeführte Restaurierung folgte im Wesentlichen diesen Vorgaben aus der jüngeren deutschen Geschichte. Dies zeigt eine umfassende Dokumentation der Sanierung mit Tausenden von Fotografien und Handzeichnungen für das Land, den stolzen Eigentümer.





Seit Mai 2007 läuft der Bade- und Strandbetrieb im legendären Groß- und Weltstadtbad Martin Wagners wieder vorzüglich und bunt. Die neusachlich-moderne Architektur der späten 20er Jahre präsentiert sich so elegant wie sie erdacht und gebaut war.

## Strandbad Wannsee – ein Lehrstück Gerwin Zohlen

„Allerdings sieht der südliche Bereich der Anlage mit dem Lido-Restaurant, dem südlichen Wandelgang und weiteren Bauten noch aus wie der Gaza-Streifen kurz nach der Intifada,“ drückt es Stiftungs-Geschäftsführer Volker Härtig sarkastisch aus. Prof. Engel, sein Vorgänger bei der Stiftung Denkmalschutz Berlin mahnt: „In drei, vier Jahren ist die Bausubstanz des Lido und des südlichen Wandelgangs unrettbar verloren.“

Tatsache ist, dass die Konstruktion und die bauphysikalischen Aspekte beim Bau des Bades bei weitem nicht der architektonischen Eleganz entsprachen. Die Bauschäden setzten schon bald nach Fertigstellung ein und vergrößerten sich im Laufe der Jahrzehnte, weil die verwendeten Materialien und die Stahlkonstruktion mit Ziegelsteinen den klimatischen Anforderungen von heißen Sommern und winterlicher Kälte nicht standhalten konnten. Dehnungsrisse und Frostabplatzungen setzten der Architektur zu. Rost und Verwitterung taten das ihre. Diese strukturellen Mängel der modernen Architektur waren lange bekannt. Dennoch kam es zu einem Sanierungs- und Reparaturstau, der in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts schließlich die Standfestigkeit und die Substanz der gesamten Anlage ernstlich bedrohte.

Es brauchte schließlich eine gemeinsame Anstrengung mehrerer Finanziers. Die Stiftung Denkmalschutz Berlin, zu deren prominentesten Projekten die Sanierung des Strandbads Wannsee zählt, kooperierte mit der Stiftung Klassenlotterie Berlin und dem Berliner Senat. Letzterer kümmerte sich um die technische Infrastruktur, die Wasserleitungen, die Sicherung des Ufergeländes und die Energieversorgung. Die Stiftung Denkmalschutz Berlin führte die denkmalgerechte architektonische Sanierung der Gebäude, Decks, Treppen und Hallen in zwei von drei Bauabschnitten durch. Der Aufwand für das architektur-ikonographische Highlight der Stadt war beträchtlich.

Die Stiftung Denkmalschutz Berlin investierte rund acht Millionen Euro, organisierte die Sanierung bei laufendem Badebetrieb, managte die Ausschreibung und Vergabe an die sanierenden Firmen und konnte dadurch zeitweilig bis zu 40 geförderte Arbeitsplätze für arbeitslose Baufacharbeiter in einer Qualifizierungsmaßnahme bereitstellen.



Die schattigen Wandelgänge des Strandbads vor dem Restaurant Lido und den Umkleidehallen in den 20er Jahren

Zudem entwarf die Stiftung ein neues Betriebskonzept für das Strandbad, mit Nutzungsideen für die einstigen Umkleidehallen sowie zur Verpachtung der Laden- und Restaurantflächen. Ziel war ein Ganzjahres-Betrieb mit Sauna-, Wellness- und Fitness-Angebot, guter Gastronomie, Event-Locations und einer Stärkung der Jugend- und Sportarbeit. Kompetente Partner standen bereit.

Das folgte der Einsicht, dass neben der baulichen Reparatur die nachhaltigste Sanierung eines Denkmals ein Nutzer ist, der es

pflegt, die ständigen kleinen Schäden behebt und den Bestand erhält. Ob die sprichwörtlichen Regenrinnen, die vom Herbstlaub befreit werden müssen, damit das Wasser nicht in die Wände dringt und sie durch Feuchtigkeit zerbröseln lässt, oder die laufende Sanierung der Fugen zwischen den sich im heißen Sommer dehrenden Ziegeln – dies wären des Hausvaters saisonale Sorgen und Pflichten.

Hierüber aber kam es zum Konflikt mit dem Betreiber des Strandbads Wannsee, die



Pressekonferenz zur Rückgabe des Strandbads an die Berliner Bäderbetriebe im Mai 2007, v.l.n.r.: Berlins Innen- und Sportsenator Dr. Erhart Körting, Aufsichtsratsvorsitzender der Bäderbetriebe, Dr. Lothar de Maizière, Vorsitzender der Stiftung Denkmalschutz Berlin, Prof. Helmut Engel, Geschäftsführer der Stiftung

Berliner Bäderbetriebe (BBB), die die Übertragung der Anlage an einen anderen Betreiber ablehnten und die Nutzungen in eigener Regie vergeben wollten. Wie bei Opel will die Mutter die Tochter trotz gegenteiliger Ankündigungen am Ende nicht hergeben. Das Grundproblem bleibt ungelöst. Mehrere tausend Quadratmeter sanierte Hallenflächen stehen leer. Der technische und bauliche Zustand der Ruinen im Südbereich ist alarmierend und bedarf schneller Abhilfe. Die Vorschläge der Stiftung zur Finanzierung der Sanierung und für ein neues Betriebskonzept vergilben in den Schubladen der Bäderbetriebe.

Ein weiterer Konflikt zwischen der Stadt und der Stiftung Denkmalschutz Berlin führ-

te sogar zur Existenzgefährdung der Stiftung. Zur Finanzierung der Kosten der Sanierung hatte der Senat 2005 ein Kontingent von Werbeflächen im Stadtraum zugesichert, denn am Bad selbst ließen sich keine Werbeflächen vermarkten. An 50 in Berlin verteilten Standorten sollten jeweils 36 Monate lang die „Werbeseigel Strandbad Wannsee“ stehen dürfen. Insbesondere die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Mitte boten uneigennützig je 10 Standorte für das Strandbad an. Doch es dauerte ein bis zwei Jahre, bis wenigstens die Hälfte der 50 vom Senat einst zugesagten Standorte feststanden und genehmigt waren. Nur der großzügigen Vorfinanzierung durch die Werbefirma Stroer-Me-

gaposter hat Berlin zu verdanken, dass die Sanierung dennoch nicht stockte. Die mit den Werbesiegeln erwirtschafteten Einnahmen in Höhe von 4,5 Millionen Euro flossen transparent in die Sanierung des Strandbads. Im Sommer 2007 waren die zwei zwischen Stiftung, Senat und Bäderbetrieben verabredeten Bauabschnitte erfolgreich abgeschlossen. Feierlich wurden die wieder eleganten Bauten dem Land zurück gegeben.

Die Wahlen 2006 hatten zwischenzeitlich im Bezirk Mitte zu einem Personalwechsel geführt, auf Baustadträtin Dubrau (Grüne) folgte Ephraim Gothe (SPD). Kaum hatte die Stiftung im Mai 2007 ihre Leistung erbracht, profilierte dieser sich – unterstützt von der für Denkmal-

schutz zuständigen Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer – mit einem Feldzug gegen Werbung im Stadtraum und verlangte den Abbau der Werbesiegel. Erst Gerichte konnten ihn stoppen. Bis heute sind von den 2004 vom Senat zugesagten 1800 Stand-Monaten in Berlin für die Werbesiegel erst 800 genehmigt worden. Ein vor Gericht geschlossener Vergleich sieht den Abbau der Werbesiegel in Mitte Anfang 2010 vor. Dies gilt auch in anderen Bezirken. Für die Firma und die Stiftung ein Minusgeschäft. Die Verluste betragen rund eine Millionen Euro. Diese Mindereinnahmen bewirkten 2007 eine die Existenz bedrohende wirtschaftliche Schiefelage der Stiftung Denkmalschutz Berlin, aus der sie sich nur mühselig befreien konnte.

Heute kaum noch vorstellbar: das Strandbad Wannsee war eine Bauruine und wurde teilweise im letzten Moment gerettet – die verrostete Stahlkonstruktion, Umkleidehalle 2005, der untere Wandelgang 2009.

Der Südbereich des Strandbads ist noch unsaniert. Das Restaurant Lido, der südliche Wandelgang mit dem Rondell und weitere Bauten drohen in drei, vier Jahren unrettbar verloren zu sein.





Die alte Charlottenburger Brücke mit Tor und Kandelabern nach 1908



Friedrich I. mit Alice 100 Jahre später

## Die Charlottenburger Brücke Ein großartiges Ensemble

2003 stürzten Teile aus der Gebälkzone des Charlottenburger Tores auf den Bürgersteig. Trotz der Gefährdung sah sich der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf außerstande, die dringende Restaurierung zu finanzieren. Die Stiftung Denkmalschutz Berlin sprang ein. Ende 2004 begannen die Arbeiten am Tor.

Die Kartierung der Bauschäden ließ erschauern. Der Zustand des Tores war dramatisch schlecht. Trotz begrenztem Budget erfolgte die Reinigung der Steinoberflächen, wurden die erst 20 Jahre zuvor, allerdings unsachgemäß sanierten Ver fugungen erneuert, zudem die Verblechungen der Gesimse sowie der wasseranfalligen waagerechten Flächen. Unrettbar zerstörte Vasenaufsätze wurden er-

setzt. Nicht alle Restaurierungswünsche waren zu erfüllen. Die Stiftung übernahm 2007 das Tor und gewährleistet seitdem gemeinsam mit dem Freundeskreis die Pflege des Baus.

Von den Kandelabern war außer ein paar Postkartenfotos, einem kleinen Modell und den Fundamenten unter dem Pflaster an der Charlottenburger Brücke nicht mehr als die Erinnerung geblieben – genug, um die Idee einer Rekonstruktion wach zu halten. Pläne und Dokumente waren seit 1945 verloren.

2007 vereinbarten der Bezirk und die Stiftung, die Rekonstruktion anzugehen und das einst so beeindruckende und mit phantasievoll gestaltetem Figurenschmuck an den Kan-

delabern verzierte Ensemble an der Charlottenburger Brücke wieder erlebbar zu machen. Der frühere Landeskonservator und langjährige Stiftungs-Geschäftsführer, Prof. Helmut Engel, und der Architekt Christian Koch bemühten sich seit 2007 um die Modellierung und Planung für die Rekonstruktion. Die Erfolge lassen sich sehen. Die Bildhauer der Firma OPUS, die Firmen HochTief und BEAG sorgten für neue Fundamente und Säulen nach heutigem Stand der Technik, die seit Anfang und bis Ende 2009 mit Ettringer Tuffstein und in haltbarem Bildhauerbeton gegossenen Ornamenten verkleidet werden. An den Sockeln ist der Figurenschmuck wie die auf römischen Galeeren reitenden Seepferdchen seit Som-

mer 2009 vollendet. Der Bronzeguss für die Galerieumweh rung in 20 Meter Höhe und die neuen Selux-Leuchten faszinieren derzeit den Bauherren und die beauftragten Firmen – vertrags- und termingerech tigt gestellt und dem Bezirk übergeben ab Anfang April 2010 bestimmt die ganze Stadt.

Dann hat die Stiftung insgesamt rund vier Millionen in das Ensemble Charlottenburger Tor investiert, finanziert aus den Werbeflächen an den Baugerüsten seit 2004. Manchen Berliner Bürgern gerieten die insgesamt sechs Jahre Großflächenwerbung zu lang. So wurden die umstrittenen Werbep lanen zu Diskussionsstoff – und die Stiftung musste sich Verdächtigungen erwehren. Für eine Bürgerstiftung, die auf öffentliches Ansehen und Spender angewiesen ist, eine große Belastung.

### Die Geschichte des Charlottenburger Tores

1899 erschien eine Schrift des Charlottenburger Architekten Ludwig Hercher. Er befürwortete die schnurgerade Verlängerung der Charlottenburger Chaussee, der heutigen Straße des 17. Juni in Richtung Westen: vom „Knie“, dem heutigen Ernst-Reuter-Platz durch den Grunewald bis zum Stößensee. Entstehen solle eine „der schönsten Straßen der Welt“, die das Stadtzentrum der Reichshauptstadt – das Schloss des Kaisers, die Museen, die Oper und die Universität – mit der freien Natur verbinden würde.

Charlottenburg war noch eine selbständige Stadt und zählte zu den reichsten Großstädten im Königreich Preußen. Mit dem Bau

des repräsentativen Entrees gegenüber der Reichshauptstadt Berlin demonstrierte sie Selbstbewusstsein und Reichtum. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. erkannte die Chance, seinen Namen mit der Errichtung der weltweit „schönsten“ Straße zu verbinden und behielt sich die Genehmigung zum Bau des Tor vor. 1899 und 1900 kam es zu mehreren ergebnislosen Wettbewerben. Entwürfe anerkannte Architekten fanden keine Zustimmung des Kaisers. Der dann realisierte Entwurf zum Bau des Charlottenburger Tores und der Brücke über den Landwehrkanal wurde erst 1905 genehmigt.

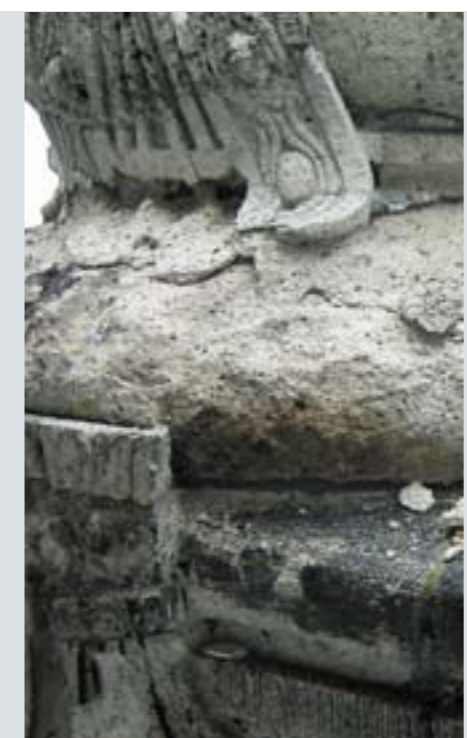
Die Geschmacksvorstellungen Wilhelms II. waren für die Gestaltung verbindlich, nicht die des Charlottenburger Magistrats. Der Kaiser wünschte ein Bauwerk, das sich in die Tradition von Arkaden aus der großen Zeit Friedrichs II. einfügte. Der schließlich auserwählte Charlottenburger Architekt, Professor Bernhard Schaede, orientierte sich an den heute im Kleistpark stehenden „Königskolonaden“. 1910 an den heutigen Standort umgesetzt, waren diese in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts ursprünglich am Alexanderplatz als Eingangsbauwerk in die Königsstraße, heute: Rathausstraße, errichtet worden.

Der Bau des Charlottenburger Tores wurde 1907/1908 aus Ettringer Tuffstein ausgeführt. Die Anlage besteht aus zwei Torflügeln. Auf der Charlottenburger Seite ergänzten bis zum 2. Weltkrieg zwei gleichzeitig mit dem Tor errichtete 23 Meter hohe Lichtkandelaber die Anlage. Die elektrischen Bogenlampen beleuchteten die Fahrbahnen und Gehwege auf der Brücke und markierten die Charlottenburger Uferlinie.

Das neobarocke Bildprogramm der beiden Torpfeiler waren nicht nur ein Tribut an die Vorstellungen des deutschen Kaisers. Die Pfeiler tragen auf der Berliner Seite mächtige Bronzeskulpturen des Bildhauers Heinrich Baucke mit den Standbildern der Stadtgründer: König Friedrich I. an der Süd- und Königin Sophie Charlotte an der Nordseite. Königin Sophie Charlotte hält ein Modell des Charlottenburger Schlosses in der Hand.

Das Charlottenburger Tor behielt Albert Speer in seinen Planungen zur „Westachse“ der „Welthauptstadt Germania“ bei. In Folge des angewachsenen Autoverkehrs wurde 1937–38 ein neuer Straßenquerschnitt realisiert. Die Torflügel und Kandelaber wurden abgetragen und dem breiteren Querschnitt der Verkehrsstrasse angepasst wieder aufgebaut. Lediglich die Brücke über den Landwehrkanal entstand neu.

In den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs wurden Brücke und Tor zum Schauplatz der Eroberung Berlins, als die Rote Armee vom Charlottenburger Schlosspark aus gegen das Berliner Stadtzentrum vordrang und dabei die Brücke über den Landwehrkanal überqueren musste. Der Kampf um die Brücke hinterließ schwere Schäden an der Westseite des Tores, die 1970 notdürftig saniert wurden. Die zerstörten steinernen Kandelaber wurden nach 1945 abgetragen. Die erneute Restaurierung der Torflügel im Jahr 1987 anlässlich der 750-Jahrfeier Berlins führte nach damaligem Stand der Technik zur verheerenden Hydrophobierung des weichen Tuffsteins. Die Wasseraufnahme des Natursteins wurde an der Oberfläche zwar reduziert, diese löste sich daraufhin aber und zerbröckelte schleichend.



Zerstörte Tuffsteinoberflächen 2004, die restaurierte Torverzierung 2008



## Stadtbad Oderberger Straße Gebrochene Versprechen



**Wegen Rissen im Becken des 1899 bis 1902 errichteten Neorenaissance-Baus wurde bereits 1986 der Schwimmbadbetrieb im damaligen „Volksbad“ eingestellt. Der letzte 5-Jahres-Plan der wirtschaftlich ruinierten DDR, der die Sanierung des Bades vorsah, wurde nicht mehr umgesetzt.**

Die Wende kam dazwischen, das Bad fiel an die Berliner Bäderbetriebe. Das Dusch- und Wannensbad-Angebot in dem denkmalgeschützten Gebäude wurde Mitte der 90er Jahre eingestellt. Seitdem steht das Stadtbad leer. Damals schätzte der Senat den Sanierungsaufwand bereits auf 45 Millionen DM, also 23 Mio. Euro, obwohl der Bau in einem besseren Zustand als heute war. Aufgrund der knappen Haushaltslage Berlins wurde die Sanierung des Stadtbades nicht begonnen.

Künstlergruppen nahmen sich seit der Wende des Bades an – als Veranstaltungsort – und wiesen auf die Erhaltenswürdigkeit hin. Ende 2001 erwarb es die aus Anwohnern und Künstlern gegründete Genossenschaft Oderberger Bad vom Liegenschaftsfonds des Landes Berlin. Die Genossenschaft plante, mit einem Zuschuss von 5 Mio. Euro von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in einem Joint-Venture mit zwei Investoren die Sanierung des Bades finanzieren und realisieren zu können. Ein Bade- und Wellness-Angebot und ein „Backpacker“-Hotel waren der Plan. Der Senat lehnte das Finanzierungskonzept ab. Die Genossenschaft hatte vertragsgemäß die Restaurierung des Bades bis Ende 2006 zu realisieren und war nun gezwungen, das Areal wieder zu verkaufen.

Anfang 2007 erwarb die Stiftung Denkmalschutz Berlin das Bad und steht nun vor ähnlichen Schwierigkeiten. In zahlreichen Gesprächen stellte die Stadtentwicklungsverwaltung 2007 eine Förderung aus dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz in Höhe von nur noch 2,5 Millionen Euro in Aussicht – unter einer Bedingung. Das Beispiel Tempodrom vor

Augen, bei dem die Baukosten davon liefen, der Senat nachsubventionierte und am Ende der Bausenator zurücktreten musste, wurde verlangt, den Förderantrag auf Basis eines Festpreisangebots eines Bauunternehmens zu stellen. Die Stiftung steckte daraufhin einen sechsstelligen Betrag in die Konkretisierung der Planung und holte auf dieser Grundlage das geforderte Festpreisangebot ein – alles im Vertrauen in die von der Senatsverwaltung in Aussicht gestellte Förderung.

Im September 2007 wurde der Förderantrag wie abgesprochen gestellt. Das Finanzierungs- und Nutzungskonzept sah weiterhin ein Bade- und Wellness-Angebot sowie ein 3-Sterne-Hotel im ehemaligen Wohn- und Bürotrakt des Bades vor. Im Februar 2008 kam überraschend ein Ablehnungsbescheid der Senatsverwaltung – ohne stichhaltige Begründung, angesichts der minutiösen Abstimmung mit dem Senat im Vorfeld unverständlich. Verlässliche Partnerschaft sieht anders aus.

Die Sanierung war erneut verschoben. Die Stiftung entwickelte 2009 ein neues, wirtschaftlich und denkmalpflegerisch ambitioniertes Konzept für ein 4-Sterne-Hotel mit öffentlichem Wellness-Angebot. Derzeit interessieren sich drei Investoren. 2010 fällt die Entscheidung. Im schlimmsten Fall, wenn weder der denkmalpflegerische Anspruch der Investoren überzeugt noch die Finanzierung und Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden, wird die Stiftung das Bad dem Land Berlin zurück geben müssen. Um die laufenden Kosten zu decken und ein Mindestmaß an Erhaltungsaufwand zu ermöglichen, hat die Stiftung das Gebäude bis dahin an eine Event-Agentur zwischenvermietet.

## Schloss Biesdorf

Ein neuer Weg der Stiftung Denkmalschutz Berlin Gerwin Zohlen

Das Schloss Biesdorf ist im strengen Sinne gar kein Schloss, sondern ein großes Landhaus vom klassischen Typ einer venezianischen „Villegiatura“, der Villa. Durch das gesamte 19. Jahrhundert hindurch wurde die Villa als Bautyp nach Nordeuropa importiert und fand zumal in Brandenburg durch die späte Schinkelschule der Persius, Hitzig, Stüler und anderer um Potsdam herum als Turmvilla eine ebenso eigenwillige wie bezaubernde, filigran prachtvolle und schöne Ausprägung. Der Turm wurde gern auch kleine Neugier genannt, weil er erhaben über dem Gelände und Baumbestand einen kulturellandschaftlichen Weitblick bot. Die Pergolen, Loggien, Giebelfronten, die klassizistisch strenge Ordnung und Proportion der Architektur verleihen diesen Villen eine betörende Anmut. Sie gehören zum Besten und Charakteristischsten, was Stadtbild und Kulturlandschaft Berlins zu bieten haben.

Die Biesdorfer Villa wird seit langem Schloss genannt. Sie wurde 1868 von Heino Schmieden (1835–1910) entworfen und liegt an einer der großen Ausfallstraßen Berlins nach Osten. Leicht erhaben steht sie in einem Landschaftspark, doch an ihrem Fuß ergießt sich der permanente Verkehrsstrom aus der Frankfurter Allee über Biesdorf nach Hoppegarten und weiter bis Neu-Hardenberg und Frankfurt/Oder. Die Villa stammt aus dem Besitz des Freiherrn von Ruxleben,

der sie Ende des 19. Jahrhunderts an Werner von Siemens und seinen Sohn Wilhelm verkaufen musste. Diese wiederum verkauften sie bereits 1927 weiter an die Stadt Berlin, in deren Besitz sie seither blieb. 1945 wurde das Schloss Biesdorf in den letzten Kriegstagen schwer beschädigt, unter anderem bracht das zweite Stockwerk des Hauptbaus in sich zusammen und wurde nach dem Krieg nicht wieder aufgebaut.

Nach dem Mauerfall wurde Schloss Biesdorf zunächst denkmalpflegerisch gesichert. Erste Bestandserfassungen, Aufmasse und erhaltende Sanierungen wurden vorgenommen. Der Bürgerverein „Stiftung Ost-West-Begegnungsstätte“ engagierte sich seit 2003 für den Wiederaufbau und warb unermüdlich Gelder für die Sanierung der Villa ein. Schließlich wurden mit finanzieller Förderung durch die Deutsche Stiftung Denkmalschutz die Fassade und der Turm saniert, aber die im Bezirk allseits gewünschte Vervollständigung und Wiederherstellung der ursprünglichen baulichen Proportionen und architektonischen Gliederungen der Villenanlage, d. h. vor allem die Errichtung des zweiten Stockwerks und im Inneren der ursprünglichen Raumfolge gelangen seit Jahren nicht. Klar war nur, dass Schloss Biesdorf wie schon in den Jahren zuvor weiterhin kulturellen Nutzungen zugedacht bleiben sollte. Seit 2006 standen dafür sieben Millionen

Euro Fördermittel der Senatskulturverwaltung und der Stiftung Klassenlotterie in Aussicht.

In dieser Situation wandte sich das Bezirksamt Hellersdorf-Marzahn mit der Bitte an die Stiftung Denkmalschutz Berlin, bei der Finanzierung und Organisation der Sanierung von Schloss Biesdorf zu helfen. Die Stiftung erklärte sich dazu bereit, zumal für die kulturelle Nutzung eine adäquate Lösung in Aussicht stand. Denn das auf Burg Beeskow in Brandenburg seit dem Ende der DDR gelagerte Kunstarchiv, mit fast 30.000 Kunstwerken, vor allem Bildern von Malern der DDR sucht einen gut erreichbaren Ausstellungsort. Nach Fertigstellung der Sanierung Ende 2012 soll in das Schloss Biesdorf die „Galerie Bilderstreit“ mit den Bildbeständen aus Burg Beeskow einziehen.

Die Stiftung Denkmalschutz Berlin beschreitet bei diesem Projekt einen neuen Weg. Da sie die Sanierung nicht durch Werbung im öffentlichen Raum der Stadt finanzieren kann, bringt sie ihr Know-how in der denkmalgerechten Planung und im Projektmanagement ein, sorgt für Kosteneinsparung und -sicherheit. Auf dieser Basis lassen sich Fördermittel einwerben. Dadurch hilft sie dem Bezirk, einen lang gehegten Wunsch zu realisieren. Doch die Substitution öffentlicher Gelder für den Denkmalschutz durch privat erwirtschaftete Gelingt hier nicht.



Die Siemens-Villa vor der Zerstörung – und 2008 nach der Fassaden- und Turmsanierung



Das Schoeler-Schlösschen mit Aufstockung von 1935 und Notdach

## Herzessache Schoeler-Schlösschen Gerwin Zohlen

Seit Mai 2008 stand der Bau still. Auf Anordnung der Denkmalbehörde wurde die Sanierung des Schoeler-Schlösschens gestoppt. 70.000 Euro Fördermittel gingen verloren. Seit August 2009 ist sie endlich wieder in Gang. Das charmante barocke Landhaus aus dem 18. Jahrhundert ist von Baugerüsten umstellt, mit Bauplanen eingehüllt.

Dahinter erfolgt der Rückbau des zweiten Obergeschosses, das dem Haus 1935 an Stelle des großräumigen Walmdachs der Entstehungszeit aufgesetzt wurde. Entfernt wurde bereits ein zweites Treppenhaus, das für die neue Nutzung als Heim der Hitler-Jugend eingebaut wurde.

Im Herbst 2011 soll das hübsche kleine Landhaus in seinen alten Proportionen und mit der originalen inneren Raumfolge wieder hergestellt sein. Dann wird das Schoeler-Schlösschen an die Zeit erinnern, zu denen Wilmersdorf noch eine kleiner ländlicher Ort vor den Toren Berlins war, als auch die umfangreiche Bibliothek beherbergen, die der als Verlagsbuchhändler ausgebildete und einst als Verleger tätige Altbundespräsident Johannes Rau hinterlassen hat.

Seine Witwe Christina Rau stellt über 8.000 Bände der wertvollen Privatbibliothek der Öffentlichkeit zur Verfügung. Sie erinnert sich gut, wie sehr ihrem Mann der Ort, „seine Atmosphäre von Muße und Kultiviertheit“ gefallen hatte. Die öffentlich zugängliche Privatbibliothek entspricht seiner kulturpolitischen Intention.

Die Geschichte des Schoeler-Schlösschens ist mittlerweile so gut dokumentiert wie der dreijährige Streit um die Genehmigung der Sanierung und der Rekonstruktio-

on des barocken Mansarddachs. Der DENKMALSPIEGEL berichtete im Dezember 2008 im Heft Schlösser. So fair das Landesdenkmalamt seine Ablehnung handhabte, so willkürlich und anmaßend spielte die Untere Denkmalbehörde im Bezirk über Jahre ihre Behördenmacht aus und verweigerte die rechtlich zustehende Genehmigung. Die Zermürbungstaktik schlug fehl, die Freude über die im Juli dann doch erteilte Genehmigung und den sofort begonnenen Bau war in der Nachbarschaft groß. Das Schoeler-Schlösschen ist letztlich auch zu klein – und zu hübsch –, um einen prinzipiellen Kategorienstreit der Denkmalpflege zu schultern. Im Kern handelte es sich um einen denkmalmethodischen Streit: darf ein die gestalterisch hochwertige Ursprungsgestalt stark überformender Umbau – die Aufstockung von 1935 – aus Sicht des Denkmalschutzes wieder zurück gebaut werden?

Die Stiftung Denkmalschutz Berlin nimmt für die Sanierung keine Werbeflächen am Baugerüst oder im öffentlichen Raum der Stadt in Anspruch, sondern finanziert die Sanierung aus eigenem Vermögen und mit Fördermitteln für 20 Arbeitsplätze in einer Qualifizierungsmaßnahme. Insgesamt werden rund 1,2 Millionen Euro bis 2011 aufgewendet. Fast 500.000 Euro fehlen noch.

Das Schlösschen ist seit Jahren Herzessache der Stiftung. Dank des stadtbürgerlichen Engagements insbesondere der Stiftungsrückbauer, des Ehepaars Müller sowie von Frau Rau und des Stiftungsvorstands erhält Berlin 2011 ein Kleinod der architektonischen Kulturgeschichte zurück.



Das barocke Treppenhaus aus dem 18. Jahrhundert. Die Oberste Denkmalbehörde beim Senat verlangt absurderweise den Abbruch des abgebildeten Treppenlaufs aus dem 19. Jahrhundert.



Das neue Mansarddach in der ursprünglichen barocken Form wird errichtet.



Dr. Jürgen Tietz im Gespräch mit Volker Härtig, Geschäftsführer der Stiftung Denkmalschutz Berlin

Volker Härtig

## Jubiläum mit Perspektive

Blick aus der Stiftungsgeschäftsstelle



**Jürgen Tietz: Die Stiftung Denkmalschutz Berlin hat vor zehn Jahren ihre Arbeit auf Anregung des Abgeordnetenhauses und des Senats von Berlin aufgenommen. Wozu braucht Berlin eigentlich eine Denkmalstiftung?**

Volker Härtig: Berlin braucht die Stiftung Denkmalschutz aus einer Reihe von Gründen. Formal gesehen ist der Denkmalschutz ein rechtlicher Akt des Staates. Das Land Berlin erklärt ein Gebäude zum Denkmal. Damit ist aber nur der Schutz, noch nicht die Erhaltung gesichert. Diese liegt in der Verantwortung des jeweiligen Eigentümers

und hängt auch ab von seinen finanziellen Möglichkeiten. Wo Bewusstsein, Verantwortungsgefühl oder Wirtschaftskraft nicht reichen, können Denkmale in Not geraten. Bei landeseigenen Denkmälern in Berlin fehlt es oft zumindest bei letzterem.

**Private Eigentümer können Denkmale wirtschaftlich nutzen, mit ihrer Sanierung Steuern sparen oder manchmal Fördermittel bekommen. Berlin kann dies kaum.**

Deswegen ist ein breites und intensives bürgerschaftliches Engagement für den Erfolg

von Denkmalschutz und Denkmalpflege unverzichtbar. Nur wenn die Bürger Berlins die Vielfalt und den Wert ihrer Denkmale kennen und sich auch zu ihnen bekennen, ist es möglich, diese Denkmale für kommende Generationen zu erhalten. Dazu trägt die Stiftung bei.

Wie jedes Haus braucht auch ein Denkmal regelmäßige Pflege. Das beginnt beim Reinigen der Regenrinne, um Wasserschäden zu vermeiden, und hört bei der denkmalgerechten Restaurierung von schadhaften Natursteinen oder Metalloberflächen noch lange nicht auf. Das kostet viel Zeit und



Brandenburger Tor 2001 und 2002 – Großflächenwerbung mit großem Anspruch

vor allem Geld. Jeder weiß, dass in Berlin Geld nicht in dem Maße zur Verfügung steht, wie wir uns das alle wünschen würden. Auch deshalb ist das bürgerschaftliche Engagement für Denkmale notwendig. Die Stiftung Denkmalschutz Berlin hat in denen vergangenen zehn Jahren von rund 2.000 Spendern mehr als eine Millionen Euro als Spenden erhalten. Das ist ein kostbarer Vertrauensbeweis und ein kraftvolles Bekenntnis zu Berlins Denkmalen. Hinzu kamen Fördermittel der Job-Center in siebenstelliger Größenordnung, da bei fast allen Stiftungsprojekten Qualifizierungsmaßnahmen integriert werden. Da die Arbeit der Stiftung nicht durch die Zinsen ihres Stiftungskapitals finanziert werden kann, kamen als drittes und größtes Standbein die Einnahmen durch Werbung hinzu, die sich auf insgesamt etwa 12 Millionen Euro beliefen. Dadurch war es möglich, neun Denkmale des Landes Berlin zu restaurieren, vom Brandenburger Tor über das Charlottenburger Tor bis zum Strandbad Wannsee. Neben diesen Objekten, die das Bild der Stadt prägen, haben wir uns aber auch einigen kleineren, ja versteckten Denkmale angenommen wie der Waldkapelle Hessenwinkel oder den Kaskaden am Lietzensee.

**Gerade die Werbeeinnahmen durch große Plakatflächen an Baugerüsten, aber auch durch Werbeaufsteller in der Stadt waren und sind in der Politik und unter den Berlinern umstritten.**

Natürlich muss Berlin auf sein Stadtbild achten. Die Stadt darf nicht hinter riesigen Werbeflächen versinken, wie es in anderen Städten auf der Welt wie in Tokio durchaus

geschieht. Aber nehmen sie einmal die Restaurierung des Brandenburger Tors, eines unserer ersten Projekte. Das war doch wirklich eine faszinierende Werbeserie. Jeder hat sich gefragt: Was kommt als nächstes Motiv? So macht Werbung Spaß – und erzeugt ganz nebenbei zusätzliche Aufmerksamkeit für das Denkmal. Und außerdem: Was spricht dagegen, ein Baugerüst während der Restaurierung als Werbefläche zu nutzen? Schließlich wird dadurch die Restaurierung des Denkmals überhaupt erst finanziert! Das liegt im öffentlichen Interesse. Und so schön ist ein nacktes Baugerüst nun auch nicht, zumal es ohnehin eingepackt werden muss.

**Kritiker sagen: Großflächenwerbung nahm immer mehr zu.**

Ja, an einigen Orten der Stadt wie am Leipziger Platz nahm die Großflächenwerbung überhand. Aber dort war die Stiftung nicht beteiligt. Und natürlich kommt es auch auf die Art der Werbung an. Die gestalterische Qualität ließ in den letzten Jahren nach, sie war bei den Werbekunden immer schwieriger durchzusetzen. Das sehen auch wir kritisch.

**Ohne Werbeflächen keine Restaurierungen durch die Stiftung Denkmalschutz Berlin – kann man es auf diesen Nenner bringen?**

In der Tat ist die Stiftung Denkmalschutz Berlin, um ihren Auftrag erfüllen zu können, auf die Werbeeinnahmen angewiesen. Doch wenn wir beispielsweise das Strandbad Wannsee, diese Inkunabel der Berliner Moderne, für die Berliner restaurieren und das

zuvor völlig marode Gebäude aus Landesbesitz überhaupt erst für die Zukunft fit machen, dann hilft es uns leider wenig, dort vor Ort eine Werbefläche aufzustellen. Damit ließ sich nicht das Geld verdienen, dass wir für die Sanierung des Strandbades benötigten, die uns immerhin acht Mio. Euro kostete. Werbung spricht nun einmal nur an den Orten genügend Menschen an, die hinreichend frequentiert sind – und das ist das vor allem im Zentrum der Stadt.

**Die Stiftung wurde 1999 aus einer Initiative aus Abgeordnetenhaus gegründet, der Senat und die Stiftung agierten da noch als Partner.**

Zum Glück hat Berlin trotz der schweren Zerstörungen während des Zweiten Weltkrieges noch immer ein einzigartiges Bauerbe. Viele dieser Denkmale gehören dem Land Berlin. Doch die Erhaltung und Restaurierung dieses Erbes ist nicht zum Null-Tarif zu haben. Jeder Euro, den die Stadt hier einspart, weil die Stiftung die Restaurierung eines Denkmals für das Land übernimmt, kann die Stadt an einer anderen Stelle einsetzen – etwa für Ausgaben bei der Bildung.

Die Stiftung hat durch ihre Arbeit dem Land Berlin oder Landeseinrichtungen in den vergangenen zehn Jahren rund 30 Millionen Euro für denkmalpflegerische Maßnahmen erspart. Um unsere Arbeit auch in Zukunft fortsetzen zu können, müssen wir im politischen Raum künftig wieder stärker für unser Anliegen werben – und auch für dessen Finanzierung durch Werbeflächen. Denn die Arbeit der Stiftung liegt im Interesse der Berliner Denkmale und damit auch aller Berlinerinnen und Berliner.

**Welchen Vorteil hat Berlin noch davon, wenn sich die Stiftung Denkmalschutz Berlin eines Denkmals annimmt?**

Wir können als Stiftung Denkmalschutz Berlin ein Denkmal weitaus kostengünstiger restaurieren als dies dem Senat möglich wäre. Dies liegt daran, dass wir über professionelles Know-How, über bauwirtschaftliche und denkmalpflegerische Kompetenz verfügen, aber auch über Erfahrung in der Projektentwicklung und Projektsteuerung. All dies wird bei uns großteils ehrenamtlich erbracht. Letztlich liegt das Geheimnis des Erfolgs unserer Stiftung darin, dass wir bürgerschaftliches Engagement mit unternehmerischer Kompetenz verbinden. Zudem hat die Stiftung aufgrund ihrer Nutzungskonzepte für die Denkmale eine Vorsteuerabzugsberechtigung. Auch die hilft erheblich, Kosten einzusparen.

**Gleichwohl – die Zusammenarbeit mit der Politik und der Berliner Denkmalpflege verlief in den vergangenen Jahren nicht nur harmonisch, etwa bei der Aufstellung von Werbeflächen, aber auch bei der Diskussion um den angemessenen Umgang mit dem Schoeler-Schlösschen.**

Beim Schoeler-Schlösschen, diesem charmanten kleinen Gutshaus in Wilmersdorf mit seiner ebenso wechselvollen wie für Berlin charakteristischen Geschichte, ging es nicht um die Finanzierung, sondern um die unterschiedlichen methodischen Ansätze der Stiftung und der Berliner Denkmalpflege. Das führte zu einem unsäglichen und unverantwortlichen Genehmigungs-

marathon und offenbarte leider auch viel Behördenwillkür. Der inhaltliche Kern der Kontroverse betraf die Frage einer Rekonstruktion des Dachgeschosses zu Lasten einer Aufstockung aus der NS-Zeit. Inzwischen liegen uns alle notwendigen Genehmigungen vor und wir rechnen damit, 2011 den Berlinern die große Privatbibliothek unseres verstorbenen Bundespräsidenten Johannes Rau im restaurierten Schoeler-Schlösschen zugänglich machen zu können.

Gleichwohl müssen wir aus dem Projekt lernen: für den künftigen Erfolg unserer Arbeit kommt es darauf an, Projekte bereits im Vorfeld noch besser mit allen Beteiligten zu kommunizieren, unterschiedliche denkmalfachliche Beurteilungen im Umgang mit einem Denkmal geduldig und offen zu besprechen, vielleicht ein Restaurierungsprojekt in Zusammenarbeit mit einer der Berliner Hochschulen in einer öffentlichen Veranstaltung vorzustellen und zu diskutieren. Da ist sicher vieles denkbar.

Aber die Stiftung setzte auch bisher schon an Stelle von Spannungsverhältnissen, die keiner Seite nützten, auf eine Dialogkultur. Nur mit ihr wird es jedenfalls gelingen, den größtmöglichen Nutzen für die Denkmale zu erzielen, gemeinsam als Partner für Denkmale auf- und einzutreten. Das ist schließlich die Aufgabe sowohl der Berliner Denkmalpflege, des Landesdenkmalrates, der sich gerade neu konstituiert, als auch der Stiftung Denkmalschutz Berlin.

**Wie kommt die Stiftung zu ihren unterschiedlichen Projekten?**

Die Auswahl unserer Projekte ist so unterschiedlich wie unsere Mitglieder, die sich in der Stiftungsarbeit engagieren. Aktuell sind drei Projekte in der Entwicklung. Dazu gehört die Wiedererrichtung des Hardenbergdenkmals vor dem Berliner Abgeordnetenhaus, die wir im kommenden Jahr angehen. Sie geht auch auf die Initiative unserer Stiftungsmitgliedes Walter Momper zurück. Ganz anders war es im Fall des Schlosses Biesdorf. Dort kam aus dem Bezirksamt ein Anruf, ob wir die Sanierung des Schlosses nicht finanziell unterstützen könnten. Diese Vielfalt von Denkmalaufgaben ist es letztlich, die den besonderen Reiz und die besondere Qualität der Stiftungsarbeit ausmacht.

**Welche Rolle spielt für die Stiftung Denkmalschutz Berlin die Vermittlung denkmalpflegerischer Themen?**

Das ist eine sehr wichtige Herausforderung, der wir in den letzten Jahren mit zahlreichen Veröffentlichungen nachgekommen sind. Das reicht vom 2008 neu gestalteten Denkmalspiegel, in dem wir über unsere Arbeit berichten, und einzelnen Themenheften bis hin zu der Buchreihe „Meisterwerke Berliner Baukunst“, in der Denkmallandschaften, aber auch Einzelbauwerke Berlins in ihrer architekturgeschichtlichen und kulturgeschichtlichen Bedeutung vorgestellt werden. Einer der großen Verdienste des langjährigen Geschäftsführers der Stiftung und früheren Landeskonservators, Prof. Helmut Engel. Und erst kürzlich hat sich ja auch der ehemalige Senatsbaudirektor Hans Stimmann, Vorstandsmitglied der Stiftung, mit dem von ihm her-

ausgegebenen Buch über die Berliner Altstadt zu Wort gemeldet, in dem er sich Gedanken über diese Keimzelle der Stadt rund um das Rote Rathaus und die Marienkirche macht.

**Ein Buch, dessen Ansatz nicht nur auf Zustimmung gestoßen ist ...**

... das muss er ja auch nicht bei allen! Die Nachkriegsmoderne insgesamt und vor allem der Umgang mit den städtebaulichen Hinterlassenschaften der DDR werden schließlich auch unter Denkmalpflegern kontrovers diskutiert. Entscheiden erscheint mir der Anstoß zu sein, den Hans Stimmann damit gegeben hat, sich mit der Berliner Mitte zu befassen wie z. B. mit dem Luther-Denkmal auf dem damaligen Neuen Markt und dem verlorenen Marienviertel.

**Liegen dort die wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen für die Stiftung in den kommenden zehn Jahren?**

Nein. Die Stiftung ist nach einer turbulenten Zeit, die auch mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten verbunden war, jetzt wieder in ein ruhigeres Fahrwasser zurückgekehrt. Nun gilt es für uns, die Projekte, die in Bau sind, erfolgreich abzuschließen. Termin- und vertragsgemäß werden Anfang April die Kandelaber am Charlottenburger Tor fertig und übergeben. Die angestoßenen Projekte wie das Hardenbergdenkmal und das Biesdorfer Schloss sind voranzubringen. Auch mit dem Stadtbad Oderberger Straße sind wir nach wie vor beschäftigt und bemühen uns, dessen denkmalgerechte Sanierung auf ei-

nen guten Weg und stabile Füße zu stellen – angesichts des enormen Finanzierungsbedarfs von 15 bis 20 Millionen derzeit sehr schwierig! Aber wir haben ein gutes neues Konzept entwickelt und überzeugende Partner interessieren können.

Vielleicht sollten nach dem Strandbad Wannsee andere Objekte der technischen Moderne des 20. Jahrhunderts mehr in den Fokus unserer Aufmerksamkeit kommen.

**Aus dem Blick zurück einen in die Zukunft: Was würden Sie da nennen?**

Ein Punkt für die Zukunft wird es sein, noch intensiver über langfristige, nachhaltige Nutzungskonzepte für die restaurierten Denkmale – denken wir an die Kandelaber oder das Schoeler-Schlösschen – nachzudenken. Darüber hinaus lehrt der Blick auf die 2007 wieder aufgetretenen Schäden am Brandenburger Tor, dass es mit der Sanierung eines Denkmals noch längst nicht getan ist. Viele Denkmale, zumal wenn sie so intensiv strapaziert werden wie das Brandenburger Tor, benötigen eine dauerhafte Pflege. Dazu gehört mehr als einen Pflegeplan zu erstellen: eine Überwachung des Denkmals, ein Monitoring, um künftige Schäden frühzeitig zu entdecken und ihnen entgegen zu steuern.

In dieser, aber auch in anderen Fragen wäre eine nicht konkurrierende, sondern stärker konsularische und kooperative Zusammenarbeit mit den Denkmalbehörden der Stadt wünschenswert. Neben der Kommunikation mit den Fachzirkeln sollten Kommunikation und – nennen wir es ruhig so –

Marketing für den Denkmalschutz in Berlin verstärkt werden.

Die derzeit brachliegenden, ungenutzten „Werbeseigel Strandbad Wannsee“ müssten unbedingt für andere Denkmalschutzaufgaben reaktiviert werden. Hier stehen Senat und Bezirke mit in der Verantwortung. Jeder verlorene Monat kostet uns bzw. Berlin rund 100.000 Euro Einnahmen. Ein trauriges Thema. Insofern gibt es vielfältige Aufgaben, deren sich die Stiftung Denkmalschutz Berlin annehmen kann, um weiterhin zur erfolgreichen Erhaltung des reichen Berliner Bauerbes beizutragen.

Das Gespräch führte Dr. Jürgen Tietz, Architektursturkritiker in Berlin.



Das seit 1945 verlorene einstige Hardenberg-Denkmal auf dem Dönhoff-Platz – eine Rekonstruktion entsteht dank einer Großspende und soll gegenüber dem Denkmal für den Freiherrn von Stein vor dem Abgeordnetenhaus aufgestellt werden.

Die „Werbeseigel Strandbad Wannsee“ erwirtschafteten jährlich gut 1,5 Mio. Euro. Derzeit werden sie nicht mehr genehmigt. Berlin – arm, aber dumm?

Die Deutschlandhalle an der Avus in den 30er Jahren. Ihr geplanter Abriss erregt derzeit die Denkmalschützer in Berlin.



**Zehn Jahre Stiftung Denkmalschutz Berlin: Da es nicht an Glückwünschen und Lobreden fehlen wird, können auch ein paar bittere Tropfen im Wein nicht schaden. Und zwar diese:**

## Zehn Jahre Stiftung: Ein Anfang Dr. Dieter Hoffmann-Axthelm

Wir sehen es überall: Der Staat hat kein Geld, aber er erträgt es auch nicht, dass andere seine Arbeit machen. So auch in der Denkmalpflege. Der Staat zieht sich aus der direkten Finanzierung zurück (die letzte Lücke, das Förderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz, ist ein allgemeines Sanierungsprogramm mit vorrangig bauwirtschaftlicher Zielsetzung) und läßt seine Beamten im Regen stehen. Das Einzeldenkmal ist also nahezu ausschließlich auf private Initiative angewiesen. Die gibt es glücklicherweise. Wie aber sieht es mit der staatlichen Anerkennung aus?

Denkt man an die bisherigen zehn Jahre Wirksamkeit der Stiftung Denkmalschutz Berlin, dann fallen einem fast so viele Konflikte wie restaurierte Denkmäler ein. Zwischen Stiftung und Land Berlin gibt es eindeutig mehr Konkurrenz als Kooperation. Das betrifft sowohl das Verhältnis des Landesdenkmalamtes wie das der Bezirke zur Stiftung.

Nehmen wir das Beispiel Schoeler-Schlösschen. Die Stiftung sah sich einer geschlossenen Front gegenüber, in der fachlicher Genehmigungsvorbehalt, Bezirkspolitik und die Modernismusfraktion der Berliner Architektur- und Denkmaldebatte sich zusammenfanden, um das Projekt der Stiftung zu Fall zu bringen. Das ist zwar nicht gelungen, aber in anderen Fällen gab es Vorwürfe gegen die Finanzierungspraxis. Diese bedienen einerseits das wohlfeile Ressentiment der Finanzierung durch großflächige Werbung, zum anderen ging es sogar um Unterstellung strafrechtlicher Relevanz.

Beides nicht zufällig. Offenbar ist man auf der öffentlichen Seite nicht bereit, aus der eigenen Handlungsschwäche die nahe-

liegenden Folgerungen zu ziehen, dass sich ein privater Träger angesichts der Kosten nicht allein aus einem privaten Spenderspektrum finanzieren kann, sondern darüber hinaus andere, den fehlenden Steueranteil angemessen spiegelnde Finanzierungen braucht. Zum zweiten aber, dass die private Trägerschaft nicht auf Dauer verlässlich funktionieren kann, wenn ihr nicht gewisse, bislang hoheitlich ausgeübte, öffentliche Kompetenzen übertragen werden.

Es ist ein bemerkenswerter Umstand und nicht Zufall, dass vor 10 Jahren, nahezu zeitgleich mit dem Start der Stiftung, mein für die Grünen im Bundestag erstelltes Gutachten zu Möglichkeiten der Entstaatlichung der Denkmalpflege vorgestellt wurde, welches genau diese Konsequenzen anmahnte. Die Diagnose hat sich seitdem weiter bewahrt, auf eine politische Reaktion wartet man noch immer.

Zudem: Wir haben in Berlin nicht nur einen, sondern gleich zwei private Vereine, die ihrerseits miteinander konkurrieren, quasi eine Spaltung der privaten Initiative. Es ist die Stiftung Denkmalschutz Berlin und der Verein Denkmal an Berlin. Das ist so, als befänden wir uns noch im alten West-Berlin der siebziger Jahre, als die beiden Kunstvereine NGBK und NBK miteinander konkurrierten, ein aus der Studentenbewegung hervorgegangener linker, der vorrangig gesellschaftspolitisch argumentierte und an der Auflösung des Kunstbegriffs arbeitete – die NGBK –, und ein eher konservativer, der die reine Kunst wollte, die NBK.

Die Gründe für die heutige Spaltung im Denkmalschutz sind ähnlich, auch wenn das Links-Rechts-Schema inzwischen historisch ist. Die Wurzeln reichen eben auch tatsäch-

lich personengebunden in die Zerwürfnisse des alten Subventionsspielplatzes West-Berlin zurück. Denn uneingestanden gruppiert man sich um entgegengesetzte Denkmalbegriffe. Die Stiftung sieht eher das Einzeldenkmal und bevorzugt die ältere Bausubstanz, der Verein Denkmal an Berlin argumentiert eher denkmalpolitisch und sieht sich für die Moderne verantwortlich. Zugleich haben beide Vereine je ein Projekt, das in das Gebiet des anderen reicht, die Stiftung das Strandbad Wannsee, der Verein Denkmal den Turmaufsatz der Parochialkirche.

Obwohl der eine liberal-gemeinwohlmäßig argumentiert, der andere sozialerliberal, sind beide doch erstaunlich gleichartig strukturiert, nämlich jeweils um einen aus der Wirtschaft kommenden „Anker-Sponsor“, und beide bewegen sich faktisch, als private Initiativen, im Feld der Zivilgesellschaft. Was läge also näher, als sich zusammen zu tun und das zu schaffen, was Berlin fehlt – den öffentlich anerkannten zivilen Denkmalpflegeträger? Die Spaltung nützt nur dem Landesdenkmalamt, das seiner derzeitigen Ausrichtung nach ohnehin mit dem Verein Denkmal an Berlin sympathisiert.

Was wir dringend brauchen, ist aber ein Bürgerverein, der stark genug ist, die vorhandene ideologische Spannung in sich selber auszutragen und fruchtbar zu machen. Hoffen wir also, dass das nächste anstehende Jubiläum auf ein doppeltes Ergebnis zurückblicken kann: Erstens die Fusion der beiden Vereine, zweitens die Ausstattung des neuen Trägers mit einem vernünftigen Maß an einer auch das Land (bzw. die Bezirksverwaltungen) bindenden Entscheidungskompetenz.



**Neun Jahre leitete Prof. Dr. Helmut Engel als ehrenamtlicher Geschäftsführer die Stiftung Denkmalschutz Berlin. Seine bau- und kulturhistorischen Forschungen und Gutachten sowie sein denkmalpflegerischer Sachverstand waren für die Stiftung unerlässlich und sind ein lebendiger Beleg für stadtbürgerliches Engagement. Stete Sorge um den Umgang mit Geschichte in dieser Stadt treiben ihn bis heute an.**

## Berliner Schicksal

Prof. Dr. Helmut Engel

Ist Berlin wirklich dazu verdammt, „immerfort zu werden und niemals zu sein“, wie der berühmte, stets von neuem zitierte Aphorismus von Karl Scheffler lautet? Schlägt erneut auch das Verdikt Martin Wagners durch, wonach das Alte lähme und töte, dass „Erinnerung (...) eine Romantik für Romantiker“ sei und im modernen Verständnis einer Stadt keinen Platz finden darf? Vermag Berlin seinem „Stadtschicksal“ also nicht zu entgehen?

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurde Berlin durch das Selbstverständnis eines sich liberal verstehenden Gemeinwesens geprägt, man wollte anders als konservativ empfindende deutsche Städte eine dem Fortschritt verpflichtete, moderne Stadt sein und „immerfort werden“. Zum frühen Beleg

dieser Haltung geriet der Streit um die mittelalterliche Gerichtslaube am historischen Berliner Rathaus, die schließlich nicht durch Beschluss des Magistrats, sondern nur aufgrund des Engagements des gerade gegründeten Vereins für die Geschichte Berlins im Park von Babelsberg wieder aufgebaut werden konnte. Das noch heute geflügelte Wort „Berlin im Abriß“ wurzelt somit schon im 19. Jahrhundert, es fand seine Fortsetzung während der Weimarer Republik und ging im Verlauf des 20. Jahrhunderts bis in die 70er Jahre munter fort.

Erst um 1975 erkannte man, welche Bedeutung nach dem Unmaß der Zerstörung und dem Raubbau an seiner Geschichte den in der Stadt noch verbliebenen Zeugnissen zukommt – eine Besinnung, die heute wieder in Richtung ausschließlicher Moderne zu kippen droht. Und damit verliert Berlin zwangsläufig, um wieder bei Karl Scheffler zu bleiben, „die höheren Gefühlskräfte und die Fähigkeit zum Glück (...), so dass nur die profane Tüchtigkeit bleibt, woraus die Blüte edelster Kultur nicht emporzusproßen vermag.“

Zur „Demokratie als Bauherr“ gehört nicht nur, den Bürger im funktionalistischen Sinn bei Städtebau und Architektur als Mitglied eines demokratischen Gemeinwesens zu sehen, nein, ein solches Gemeinwesen bedarf auch der „höheren Gefühlskräfte“, der Bindung an Geschichte, um dieses Gemeinwesen zur Heimat werden zu lassen.



Dr. Norbert Lammert, Präsident des deutschen Bundestags und Schirmherr der Stiftung Denkmalschutz Berlin sprach am 6. November 2007 im Pergamon-Museum auf Einladung der Stiftung zum Thema „Bürgergesellschaft und Erinnerungskultur“. Der Vortrag wird hier erstmals dokumentiert.

## Bürgergesellschaft und Erinnerungskultur

Dr. Norbert Lammert

**Zur Bürgergesellschaft und Erinnerungskultur soll ich im Angesicht eines grandiosen Frieses sprechen, der den Mythos vom Sieg der olympischen Götter über die Kräfte des Chaos, die erdgeborenen Giganten, zeigt. Im Vergleich zu dieser grandiosen Konfrontation von Göttern und Giganten erscheint das Verhältnis von Staat und Bürgerschaft beinahe profan und niedriglich.**

die Zeit der Erlebnisgeneration hinaus zu sichern und nicht zuletzt gegenüber möglicher politischer Instrumentalisierung zu schützen, bedarf die staatlich organisierte Erinnerungskultur dringend der Ergänzung durch bürgerschaftliches Engagement.

Weit vor allen praktischen und auch finanziellen Erwägungen liegt hier die innere Begründung für die Unverzichtbarkeit bürgerschaftlichen Engagements für die reife Erinnerungskultur einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Zugespitzt formuliert: eine Gesellschaft, die das nationale Gedächtnis an ihre politischen Institutionen abtritt, hat sich von der Kultur der Erinnerung schon weitgehend verabschiedet, die sie nur im Spannungsverhältnis zwischen öffentlicher und gesellschaftlicher, staatlicher und privater Verantwortung überzeugend entwickeln kann.

Dieses Pergamon-Museum und der gesamte Museumskomplex wären ohne staatliche Finanzierung nie entstanden – aber ohne private Förderer, ohne bürgerschaftliches Engagement auch nicht. Ohne dieses Engagement wären bestenfalls die Museen zustande gekommen, aber nicht die Sammlungen, die in diesen Museen einen einzigartigen Platz gefunden haben. Beides bleibt auch für die Zukunft unverzichtbar. Es ist sicher mehr als ein historischer Zufall, dass das staatliche Engagement eher die Hülle

Nach dem Untergang Pergamons wurde der Burgberg geplündert und gebrandschatzt, nachfolgende Erdbeben gaben dem Originaldenkmal scheinbar ein für allemal den Rest. „Wenn sich niemand mehr um etwas kümmert, beginnt unter Menschen schnell das Recycling“, sagte der frühere Direktor der Antikensammlung, Wolf-Dieter Heilmeyer, zum Schicksal manch bedeutender Kulturstätten. Nun sind Erinnerungskultur und nationales Gedächtnis von dem hier im handfesten physischen Sinne angesprochenen Recycling sicher unterscheidbar, aber die Wiederverwendung von Erfahrungen aus Ereignissen ist in politischen Zusammenhängen durchaus üblich.

Nach Johann Gustav Droysens „Historik“ wollen Denkmäler „aus der Zeit, aus den Vorgängen oder Geschäften, von denen sie Überreste sind, etwas bezeugen oder für die Erinnerung fixieren, und zwar in einer bestimmten Form der Auffassung des Geschehenen und seines Zusammenhangs, und darin sind sie den Quellen analog.“

Hinter den letzten Halbsatz möchte ich ein doppeltes Fragezeichen setzen, denn wenn die Quellen im allgemeinen schon interpretationsfähig, manchmal auch interpretationsbedürftig sind, so sind die meisten errichteten Denkmäler regelmäßig Interpretationen von Ereignissen, an die sie erinnern wollen oder sollen. Daher haben wir immer mit einer Kultur der Erinnerung zu tun, die sich unter verschiedenen Zeitumständen in verschiedenen Epochen unserer Geschichte in unterschiedlicher Weise beobachten lässt.

Das nationale Gedächtnis lässt sich weder amtlich formulieren noch durch Behörden regeln. Gleichwohl sind Erinnern und Gedenken nicht nur Privatsache, sondern immer auch eine öffentliche Angelegenheit. Weil sie beides sind und das eine das andere auch nicht ersetzen kann und darf, ist die Beschäftigung mit diesem Zusammenhang so dringlich wie kompliziert. Um das kollektive Gedächtnis der jüngeren Geschichte – und für die ältere gilt das umso mehr – über

## Die Freundeskreise der Stiftung

**„Bürgerschaftliches Engagement ist ja keine anonyme Verschwörung“, scherzte ein Kenner der Szene im September 2008 beim Fest der Freunde der Stiftung Denkmalschutz Berlin in der alten Brennerei der Königlichen Porzellanmanufaktur KPM. „Man muss sich schon zeigen und so Mitstreiter gewinnen.“**

Der 2005 entstandene Freundeskreis Charlottenburger Tor (Foto rechts), eine unermüdlich aktive Initiative von rund 15 Bürgern, setzt dies jeden Samstagmittag in die Tat um, wenn sie um 12 Uhr das Tormuseum im Keller des Nordflügels des Charlottenburger Tors öffnet und nun schon seit zwei Jahren den Aufstieg über die enge eiserne Treppe auf die Aussichtsplattform in 22 Meter Höhe freigibt. Denkmale bergen stets viele Geheimnisse. Das unterirdische Tormuseum ist ein herausragendes, nicht nur wegen der reich bebilderten Ausstellung zum Charlottenburger Tor. Die „Freunde“ bemühen sich in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Charlotten-

burg-Wilmersdorf auch um die Verbesserung der Verweilqualität im Umfeld des Tores. Zu ihren Erfolgen zählt die Ausstattung der Bastion mit Sitzbänken und Pflanzenkübeln.

2003 wurde der Verein der Freunde der Stiftung Denkmalschutz Berlin gegründet. 150 Mitglieder fördern seitdem finanziell und ideell die Arbeit der Stiftung und das Verständnis für die Probleme der Denkmalpflege. Vornehmliche Aufgabe ist das Einwerben von Zustiftungen für die Stiftung. Veranstaltungen über das denkmalpflegerische Engagement der Stiftung oder andere Formen bürgerschaftlichen Engagements gehören dazu, oft in Zusammenarbeit – mit der Initiative Humboldt-Forum, der Stiftung Stadtmuseum Berlin, der KPM, Hermann Sudermann Stiftung oder der Gesellschaft Historisches Berlin. Unterstützt wird auch die Arbeit der projektbezogen engagierten Freundeskreise der Stiftung durch die Finanzierung denkmalpflegerischer Maßnahmen an den Objekten oder von Publikationen. Der Freundeskreis Waldkapelle Hessenwinkel ist älter als



die Stiftung selbst. Er entstand 1994. 50 Personen kümmern sich um die Pflege und Nutzung der Kapelle und werben Spenden ein. Das Veranstaltungsprogramm ist umfangreich, die Kapelle wird wöchentlich geöffnet.

Der Freundeskreis Schoeler-Schlösschen ist mit rund 120 Mitgliedern einer der größten. Seit 2006 engagieren sie sich in der öffentlichen Kommunikation des Restaurierungskonzepts, der Bewachung des Objekts oder im Einwerben von Zustiftungen. Künftig werden die Arbeit in der Bibliothek von Johannes Rau, die Zusammenarbeit mit bibliophilen Vereinigungen Berlins und die Unterstützung museumspädagogischer Programme mit Kindern und Jugendlichen die Aktivitäten prägen.

betrifft und das bürgerschaftliche Engagement eher die Substanz.

Zur Zuordnung von Verantwortlichkeiten im politischen Feld haben wir in Deutschland eine zwar komplizierte, aber übersichtliche Lage. Immer, wenn wir über anspruchsvolle Themen der Förderung von Kunst und Kultur reden, ist der Bund im Prinzip nicht zuständig. Sein finanzielles Engagement wird geduldet, konstituiert aber nach dem Verständnis der übrigen Beteiligten keine eigene Kompetenzen. Hart an der Grenze der Verfassungswidrigkeit hat der Bund allein für die deutschen Stätten des Weltkulturerbes seit Beginn der 90er Jahre über 800 Millionen Euro ausgegeben. Und wenn die Museumsinsel eines Tages in allen ihren Bestandteilen in vollem Glanze wieder aufstanden sein wird, werden wir den bemerkenswerten Betrag von mindestens 1,5 Milliarden Euro an einem Standort investiert haben, der nach der weitgehenden Verabschiedung der Länder aus der finanziellen Mitverantwortung für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz trotz der von ihnen gern reklamierten „Kulturhoheit“ folgerichtig vom Bund aufgebracht wird.

Die Zuständigkeit für Denkmalschutz und Denkmalpflege liegt nach unserer Verfassungsordnung bei den Ländern. Die meisten Länder haben dieser Aufgabe auch Verfassungsrang zugewiesen. Sie sind damit zumindest in der Verfassungstheorie deutlich weiter als der Bund, der um die Frage, ob und, wenn ja, in welcher Form er die Staatszielbestimmung als Kulturstaat in seiner Verfassung verankern sollte, nach wie vor Pirouetten dreht.

Mit der Ratifizierung des UNESCO-Übereinkommens von 1972 durch die Bundesrepublik Deutschland erhielt der Kulturgüterschutz in unserem Land eine zusätzliche Dimension. Beispiele für die Spannungen, die sich aus diesem Anspruch des denkbar prominentesten Denkmalschutzes auf der einen Seite und städtebaulichen Entwicklungsambitionen auf der anderen Seite ergeben können, sind etwa die Auseinandersetzung um die Bebauung am Kölner Dom oder die Waldschlösschenbrücke im Dresdener Elbtal.

Sie geben einen Anhaltspunkt für die Beschäftigung mit dem Spannungsverhältnis zwischen Traditionspflege und Denkmalschutz auf der einen sowie Zukunftsplanungen und Entwicklungsperspektiven auf der anderen Seite.

Dankwart Guratzsch hat vor ein paar Jahren in einem Artikel den Paradigmenwechsel im Verhältnis von Denkmalschutz und Städtebau mit dem Satz beschrieben:



Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestags, vor dem Pergamonaltar

„Nicht mehr das Neue, sondern der Bestand ist die Zukunftsressource. Bauen heißt umbauen, anbauen, rückbauen. Kulturdenkmale sind nicht mehr nur durch Abriss, sondern auch vermehrt durch Überformung bedroht.“ Das ist sicher gut beobachtet, in der Verallgemeinerung scheint es mir aber voreilig. Dass die Faszination für den Bestand die Faszination für das Neue hinter sich gelassen hätte, wäre aus der Perspektive von Denkmalschützern zu schön, um wahr zu sein.

In der Zeitschrift „Denkmalspiegel“ der Stiftung Denkmalschutz Berlin heißt es: „Die Beschleunigungsgesellschaft wird unausweichlich die Wertigkeit des Beharrens, des Bewahrens und des Beständigen senken. Damit wird sich die Bedeutung des Denkmalschutzes verringern.“ Da ist sicher wieder etwas daran, aber ähnlich apodiktisch wird hier das genaue Gegenteil von dem formuliert, was ich eben als voreilige Verallgemeinerung zurückwies. Ob die Beschleunigungsgesellschaft, so sie denn überhaupt noch existiert, „unausweichlich die Wertigkeit des Beharrens senke“, darüber wird man streiten dürfen.

Drittes Beispiel: Hanno Rauterberg schrieb in einem Beitrag in der „Zeit“: „Die Republik verliert ihr kulturelles Erbe. Über 100.000 Baudenkmale sind in den letzten Jahren zerstört worden. Und die Vernichtung geht weiter. ... Geschichtsfroh, vergangenheitsselig, so hat die Republik es gern. Das ist die eine Wahrheit. Die andere ist der Krieg. Man muss es so nennen, denn ohne Unterlass wird gesprengt, zertrümmert, geschlagen. Es sterben keine Menschen, es werden nur alte Häuser ausgehöhlt und abgeräumt. Und doch ist es eine Schlacht. Seit 1945 sind weit mehr Baudenkmale gefallen als im Bombenkrieg. ... Ein Land verliert sein Gedächtnis.“

Hätte irgendjemand den Mut, dies für grundfalsch zu erklären? Aber dass es die Wirklichkeit des Umgangs dieser Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit, auch mit den baulichen Denkmälern vollständig wiedergäbe, das wird man auch kaum behaupten können. Wenn er im gleichen Artikel darauf verweist, dass in der Regel nicht die Renom-

mirobjekte gefährdet sind, sondern eher die alltäglichen Bauten, Brücken, Fabriken, Wohnhäuser, dann macht diese Relativierung das eigentliche Problem schon deutlicher. Auch wenn es gerade in den vergangenen Jahren erfolgreiche Bemühungen zur Wiederherstellung scheinbar endgültig verlorengegangener Bausubstanz gerade auch „unauffälliger Baudenkmäler“ gab.

„Denkmalschutz“, schreibt Hanno Rauterberg, „ist kein Armuts-, sondern ein Reichtumsproblem“, und hat insoweit recht, als im größeren Teil der Menschheitsgeschichte das Risiko des Abrisses von Häusern ungleich geringer war als heute, weil es viel mühsamer war und viel länger dauerte, während wir heute dafür ein verlängertes Wochenende brauchen – so es sich nicht um den Palast der Republik handelt. Manchmal träume ich davon, dass der Wiederaufbau des Schlosses schneller vollzogen werden könnte als der Abriss dieses Palastes.

Aber der bejammernswerte Zustand vieler Städte in der damaligen DDR war eher ein Armuts- als ein Reichtumsproblem. „Ruinen schaffen ohne Waffen“ lautete der fröhliche Spott zur Beschreibung eines in Echtzeit zu beobachtenden kontinuierlichen Verfallsprozesses. Es ist diese in ihrer Erinnerungskultur gelegentlich unterschätzte vereinigte „Deutsche Demokratische Republik“, die das wiederhergestellt hat, was sich manche außerhalb älterer Bildbände, als reales Bild solcher Städte wie Weimar oder Dresden, Potsdam oder Görlitz eigentlich nicht mehr hatten vorstellen können.

Neben dem berechtigten und notwendigen kritischen Blick auf Realitäten und Versäumnisse sollten die Erfolge, die Errungenschaften nicht aus dem Auge verloren werden: sie stützen die Erinnerung und das Selbstbewusstsein.

Nun gibt es eine vierte Generalkritik – ein Beispiel für die Mischung von Bequemlichkeit und Leichtfertigkeit, mit der kompliziertere Zusammenhänge verallgemeinert werden.

Joachim Fest hat kurz vor seinem Tode eine außergewöhnlich kritische Bemerkung zum deutschen Geschichtsbewusstsein gemacht. „Deutschland“, schreibt er, „hat einerseits Angst vor dem Neuen, und andererseits ist es völlig geschichtslos. Das Gestern hat in Deutschland keine Anwälte, nicht erst seit Hitler. Die Deutschen haben sich stets in irgendwelche Zukünfte hineingeträumt, aber die sind ihnen durch den Zusammenbruch der Ideologien und Utopien genommen.“

Die Klage über die angebliche Geschichtsvergessenheit der Deutschen war ein Leitmotiv jedenfalls der konservativen

Kulturkritik über lange Zeit. Ich halte den Vorwurf einer quasi notorischen Geschichtsvergessenheit – schon gar im internationalen Vergleich – für sonderbar. Mir fallen wenige Länder ein, die mit ihrer jüngeren Geschichte ähnlich gründlich, skrupulös, kontinuierlich und systematisch umgehen wie die Deutschen, die dafür auch besondere Grund haben. Aber sie haben sich vor dieser Aufgabe nicht gedrückt. In Sachen Erinnerungskultur lässt sich ein Vorbehalt weniger zur vermeintlichen Vernachlässigung der Geschichte als vielmehr zur verständlichen, aber unzulässigen Verkürzung der Geschichte anmelden. Denn die deutsche Geschichte hat weder 1933 begonnen, noch war sie 1945 zu Ende. So richtig die Unaufgebbarkeit einer systematischen, gründlichen und dauerhaften Beschäftigung mit der monströsesten Verirrung ist, die es nicht nur in der deutschen Geschichte je gab, so unbegründet und verhängnisvoll ist ein noch so gut gemeinter Versuch, die Nationalgeschichte eines Landes auf eine solche Periode zu reduzieren.

Der Deutsche Bundestag wird nun über die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals abstimmen. Der Antrag, der in fast

identischer Form ein paar Jahren zuvor schon einmal gestellt und damals gescheitert war, wird diesmal mit breiter Mehrheit verabschiedet werden. Ein Indiz für Erinnerungskultur und dafür, dass sie Zeit braucht, dass Erfahrungen reifen müssen. Die keineswegs banale Auseinandersetzung darüber, ob ein solches Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin errichtet werden müsste oder besser nach Leipzig gehöre, ist keine Folge lokalpatriotischer Reflexe. Der Vorschlag, dieses Denkmal in der Hauptstadt zu errichten, hat ebenso seine Logik wie die Überlegung, die Freiheitsbewegung als eine herausragende Form „bürgerschaftlichen Engagements“ nicht in der Hauptstadt, sondern da, wo sie in besonderer Weise manifest wurde, deutlich werden zu lassen.

Bevor wir ernsthaft über die Frage nachdenken oder entscheiden können, wie ein solches Denkmal aussehen soll, müssen wir uns darüber verständigen, was es eigentlich zum Ausdruck bringen soll – ob die Ereignisse von 1989 in Deutschland dem Gedächtnis nachfolgender Generationen nahegebracht werden sollen oder die Geschichte, die die Verbindung von Einheit und Freiheit erst möglich gemacht hat. Dann müssen aber

die Ereignisse mit einbezogen sein, die spätestens mit dem Arbeiteraufstand in der DDR 1953 begannen und über Budapest 1956 und Prag 1968 über die Solidarność in Polen zur Überwindung der Teilung Europas und Deutschlands führten. Und sind wir dann nicht nur legitimiert, sondern sogar verpflichtet, an den späten Erfolg der Bemühungen um Freiheit und Einheit zu erinnern, damit auch an die gescheiterten Anläufe, die es in unserer Nationalgeschichte gab, ohne die dieses Ergebnis heute kaum historisch zu erklären ist.

Denken wir an das Hambacher Fest 1832. Die Einheits- und Freiheitskämpfer des frühen 19. Jahrhunderts haben sich nicht durch weniger Ernsthaftigkeit oder Zivilcourage ausgezeichnet als die der Jahre 1989/90. Sie waren nur nicht erfolgreich.

Zum Thema „Erinnerungskultur und Bürgergesellschaft“ gehört das komplizierte Verhältnis von Tradition und Zukunft.

Der Träger des Bühnerpreises, Martin Mosebach, sagte: „Die meisten Leute sind der Traditionslosigkeit überhaupt nicht gewachsen.“ Er zitierte einen wunderschönen Satz von Dali: „Wer sich nicht der Tradition unterwirft, ist dazu verurteilt, Plagiate her-



UKom-Agentur 12/09 1362-1732

## Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren der Stiftung Denkmalschutz Berlin zum 10-jährigen Jubiläum und bedanken uns bei allen, die durch ihr bürgerliches Engagement die Erhaltung und Restaurierung von Denkmälern möglich gemacht haben. Eine der Kernkompetenzen von HOCHTIEF ist die Sanierung von denkmalgeschützten Bauten. Mit unserem zweistufigen partnerschaftlichen Modell PreFair optimieren wir Projekte und sorgen für Kostensicherheit – gerade beim Bauen im Bestand. Rufen Sie uns an: 030 21293-212 [www.hochtief-construction.de](http://www.hochtief-construction.de)

zustellen. Weil wir uns sowieso wiederholen müssen“, wie er hinzufügte.

Dem will ich eine Einschätzung von Johann Wolfgang von Goethe gegenüberstellen. „Altes Fundament ehrt man“, hat er geschrieben, „darf aber das Recht nicht aufgeben, irgendwo wieder einmal von vorn zu gründen.“ Das könnte eine Ermutigung für alle real existierenden Baudezernenten und Senatoren sein, deren Amt sich nicht darauf reduzieren darf, zu konservieren oder wiederherzustellen, was frühere Generationen geschaffen haben. Es ist auch erlaubt und in bestimmten Situationen unvermeidlich, neu zu gründen.

Beim Thema Erinnerungskultur und Bürgergesellschaft geht es nicht nur um abstrakte Prinzipien, sondern auch um handfeste Zahlen, Daten und Kosten.

Kultur im allgemeinen ist wie Denkmalschutz im besonderen auch ein Kostenfaktor. Allerdings auch ein Wirtschaftsfaktor. Und Standortfaktor. Im internationalen Standortwettbewerb, der sicher nicht zuerst nach kulturellen Prinzipien stattfindet, wird der Stellenwert der Kultur für die tatsächlichen Standortentscheidungen regelmäßig unterschätzt. Er ist längst kein weicher Faktor mehr. Im Wettbewerb der Metropolen spielt neben der Einschätzung der logistischen Vorteile der Erreichbarkeit, der Mobilitätsbedingungen oder Kostenstrukturen die Lebensqualität, auch und gerade in Kultur gemessen, eine immer größere Rolle.

Vor ein paar Jahren inflationierte die Auftragsvergabe von „kulturwirtschaftlichen Studien“, weil immer mehr Städte oder Länder analysiert haben wollten, ob sich Investitionen in Kultur rechnen. Inzwischen empfehle ich jedem Förderverein, solche Studien aus den spärlich vorhandenen Mitgliedsbeiträgen notfalls selbst in Auftrag zu geben, denn alle diese Untersuchungen kommen zum gleichen Ergebnis: Kultur rechnet sich.

Das, was an Mitteln investiert wird, kommt mit einer erstaunlichen lokalen und regionalen Treffergenauigkeit in die Kommunen, in die Regionen zurück, die damit ihre Lebensqualität, ihre Attraktivität erhöhen, sowohl für Menschen, die dort dauerhaft leben, wie für

solche, die sie besuchen wollen und ihre Einrichtungen in Anspruch nehmen.

So führt die steuerliche Begünstigung von Denkmalschutzinvestitionen, die meist mit einem hohen bürokratischen Aufwand erkaufte werden muss, zwar zu jährlichen Steuerausfällen von gut 100 Millionen Euro im Jahr. Denen stehen allerdings gut 1 Milliarde Euro gegenüber, die durch diese Förderung an zusätzlichen Einkommen der daran Beteiligten erzeugt werden. Auch der Fiskus profitiert von eben den Begünstigungen, die häufig voreilig beklagt werden. Steuerausfällen von 119 Millionen Euro stehen 260 Millionen Euro an Mehreinnahmen durch die Steuern gegenüber, die durch den Multiplikationseffekt dieser Investitionen abgeschöpft werden.

Niemand, wenn er sich für Denkmalschutz engagiert, muss mit eingezogenem Kopf durch die Gegend laufen in der Annahme, dieses Thema eigne sich bestenfalls für Festvorträge in einem verschworenen Kreis von Leuten, die ohnehin davon überzeugt sind. Man kann und darf über dieses Thema auch mit Finanzexperten reden und man muss die Auseinandersetzung mit Wirtschaftsförderern und Haushaltspolitikern über dieses Thema nicht scheuen.

Die Begriffe Bürgergesellschaft und Zivilgesellschaft tauchen zum ersten Mal öffentlichkeitswirksam in der Zeit der Aufklärung auf. Sie dienen bei Autoren wie Immanuel Kant zur Verdeutlichung der Vision einer Gesellschaft, die es damals selbstverständlich nicht gab, aber die er sich vorstellte als ideales Gegenmodell zu einem autoritär verfassten Staat, als eine Gesellschaft von Menschen, die ihre eigene Verantwortung selbst in ihre Hände nehmen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie es überhaupt tun können.

Es gab dann ein gutes halbes Jahrhundert später eine Einfärbung dieses Begriffs sowohl bei Hegel wie natürlich bei Karl Marx, der statt von der Bürgergesellschaft von der bürgerlichen Gesellschaft sprach und mit unbestritten polemischer Absicht dies zur Charakterisierung von politischen Auseinandersetzungen zwischen den Klassen einer Gesellschaft nutzte. Im Laufe der Zeit entwickelten die Begriffe „bürgerliche Gesellschaft“ oder „Bürgergesellschaft“ bei den einen eine

fast mythische Bedeutung als Ausdruck der Zugehörigkeit zu einer solchen politisch-philosophischen Familie, während es eine nachvollziehbare Vorsicht in der Benutzung dieser Begriffe in dem Teil der Gesellschaft gab, der mit ihnen gemeint war.

Die Wiedergeburt dieses Begriffs der Bürgergesellschaft hat stattgefunden in der Auseinandersetzung mit den autoritären kommunistischen Systemen Mittel- und Osteuropas. Die Bürgergesellschaft, die es nicht hatte geben dürfen, hat sich gewissermaßen wiederentdeckt und als virtuelle Alternative zu den tatsächlichen Verhältnissen definiert. Wir finden in Polen, in Ungarn, in der Tschechischen Republik und eben auch in der DDR eindrucksvolle Beispiele für die Wiedergeburt des Begriffs und für die Wiederentdeckung der sozialen und politischen Kraft, die in genau diesem Begriff zum Ausdruck kommt.

Lothar de Maizière hat in seiner Regierungserklärung als erster und letzter frei gewählter Ministerpräsident der DDR am 19. April 1990 ausdrücklich von der Zivilgesellschaft als notwendige Grundlage für die Erneuerung unserer Gesellschaft gesprochen und damit ein Leitmotiv vorgegeben, das sich glücklicherweise über die Einheit hinweg gerettet hat.

Robert Musil verdanken wir den schönen Hinweis: „Das Auffallendste an Denkmälern ist, dass man sie nicht bemerkt.“ Wie jede Verallgemeinerung ist auch diese falsch, auch wenn der Zusatz „Denkmäler scheinen gegen Aufmerksamkeit imprägniert zu sein“, sich mit vielen Beispielen belegen ließe. Der harte Kern der unzulässigen Verallgemeinerung ist der Hinweis, dass die Begeisterung für Denkmäler alleine nicht hilft. Sinnvoll ist das Engagement dann und nur dann, wenn wir damit Zusammenhänge wieder herstellen und in das Bewusstsein dieser und folgender Generationen bringen, die uns besonders wichtig erscheinen. Deshalb sollten wir öffentliche Auseinandersetzungen um den Bau, die Erhaltung oder Wiederherstellung von Denkmälern nicht als Zumutung, sondern als Chance begreifen. Das erfordert allerdings dauerhaftes Engagement des Kulturstaates wie der Bürgergesellschaft.

# OPUS

## Denkmalpflege GmbH



### Impressum

**Herausgeber:**  
Stiftung Denkmalschutz Berlin  
Frankfurter Tor 1, 10243 Berlin  
Telefon: +49 30 420 167 80  
info@stiftung-denkmalschutz-berlin.de  
www.stiftung-denkmalschutz-berlin.de

**Spendenkonto:** Landesbank Berlin,  
BLZ 100 500 00, Konto-Nr. 1111  
oder 66 000 120 20

**Verantwortlich im Sinne des Presserechts:**  
Volker Härtig

**Redaktion, Autoren:**  
Dr. Jürgen Tietz, Gerwin Zohlen, Volker Härtig

**Bildredaktion:**  
Henriette Szabó

**Layout und Satz:**  
Runze & Casper Werbeagentur GmbH

**Anzeigenverwaltung:**  
Runze & Casper Werbeagentur GmbH

**Druck:**  
Druckerei Bloch

**Abbildungen:**  
Titel: Megaposter

Innenseiten:  
Seite 5–8 Reiner Ponier, Megaposter, Nüthen;  
Seite 9–11 Stefan Grell, Vogel, BEAG, HochTief,  
Härtig; Seite 12–13 Vogel, Stiftung; Seite 14–15  
Prof. Leistner, Stiftung, BALL e.V.; Seite 16–20  
Stiftung, Megaposter; Seite 22 Vogel

OPUS Denkmalpflege GmbH  
Torgauer Str. 12-15  
10829 Berlin  
Tel.: +49 030 789 51 845  
Fax: +49 030 789 51 847

[www.opus-denkmalpflege.de](http://www.opus-denkmalpflege.de)

# „Humboldt-Box“ ab 2010



Die „Humboldt-Box“ am Schlossplatz in Berlin wird ein hochmodernes Informationszentrum sein. Auf 3.000qm Fläche findet hier während der Wiederaufbau-Phase des Berliner Stadtschlusses eine spannende Vorschau statt. Auf 5 Etagen können die Besucher alles Wissenswerte über das künftige „Humboldt-Forum“, den Wiederaufbau sowie über Ausstellungsinhalte und Details der Nutzung erfahren.

